
Konzern-Lagebericht

Entwicklung der Märkte	38
Ergebnis- und Finanzentwicklung	42
Wesentliche Ereignisse	42
Das Geschäftsjahr im Überblick	43
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	44
Ergebnis im Quartalsvergleich	48
Bilanz	50
Eigenkapital	51
Eigenmittel	52
Forschung und Entwicklung	53
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	54
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	56
Risikomanagement	59
Corporate Governance	59
Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht	59
Ausblick	59
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	61

Entwicklung der Märkte

Starke Konjunktur in der Eurozone bei niedrigen Zinsen

Die Europäische Zentralbank (EZB) beließ die Leitzinsen mit einem Hauptrefinanzierungssatz von 0 Prozent und einem Einlage-satz von minus 0,4 Prozent im Jahr 2017 unverändert. Nach dem ersten Quartal 2017 wurde das Volumen der Anleihekäufe im Rahmen des Quantitative-Easing-Programms der EZB von € 80 Milliarden auf durchschnittlich € 60 Milliarden pro Monat reduziert. Die Euribor-Zinssätze wiesen im gesamten Jahresverlauf über alle Laufzeiten hinweg negative Werte aus. Zudem verbuchten die Geldmarktsätze mit Laufzeiten von sechs und zwölf Monaten einen leichten Rückgang. Die Rendite für zweijährige deutsche Staatsanleihen reduzierte sich zunächst deutlich und erreichte im Februar bei rund minus 0,95 Prozent ein neues Allzeittief, um sich danach aber wieder etwas zu erholen. Dagegen blieb die Rendite für zehnjährige deutsche Staatsanleihen im positiven Bereich und bewegte sich im Jahresverlauf zumeist in einer Bandbreite zwischen rund 0,15 Prozent und 0,50 Prozent. Sie wurde nur im Juli mit einem Wert von 0,65 Prozent, der gleichzeitig das Hoch im Jahr 2017 markierte, kurz verlassen.

Das BIP der Eurozone verbuchte 2017 einen Zuwachs von 2,5 Prozent. Die im Vergleich zum Vorjahr höhere Konjunkturdynamik war über alle Länder hinweg zu beobachten. Vor allem von der Binnenwirtschaft getrieben, wurde die Erholung von allen Nachfragekomponenten (öffentlicher und privater Konsum sowie Investitionsnachfrage) getragen. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich merklich: Die Arbeitslosenquote wies einen stabilen Abwärtstrend auf, lag aber am Ende des Jahres immer noch über dem letzten zyklischen Tief. Dagegen überschritt die Beschäftigung das Hoch aus dem Jahr 2008. Viele Stimmungsindikatoren lagen Ende 2017 nahe oder sogar über dem bisherigen historischen Höchststand. Sowohl bei den privaten Haushalten als auch bei den Finanzmarktakteuren hellte sich die Stimmung deutlich auf. Ebenso fiel bei Unternehmensumfragen das Sentiment unter Dienstleistern und Einzelhändlern bzw. in der Industrie und im Baugewerbe merklich positiver aus. Die Entwicklung der Inflationsrate war in der ersten Jahreshälfte stark von Kalendereffekten und dem Ölpreis geprägt. Dies führte zunächst zu einem deutlichen Anstieg auf 2,0 Prozent. Zur Jahresmitte reduzierte sich der Öljpreiseffekt jedoch wieder, sodass die Teuerungsrate in der zweiten Jahreshälfte nur noch zwischen 1,3 und 1,5 Prozent schwankte.

In Österreich beschleunigte sich die Konjunkturbelebung im Berichtszeitraum deutlich: So verdoppelte sich das BIP 2017 mit 2,9 Prozent gegenüber 2016 (1,5 Prozent). Die wirtschaftliche Dynamik stand dabei auf einem breiten Fundament, denn sowohl die Inlandsnachfrage als auch der Außenhandel stützten die Konjunktur. So setzte sich das solide und stabile Wachstum des privaten Konsums fort. Der überaus starke Zyklus der Ausrüstungsinvestitionen hielt 2017 an, während auch vermehrt Bauinvestitionen getätigt wurden. Nach einer schwachen Entwicklung im Jahr 2016 belebten sich die Ausfuhren deutlich und sorgten trotz ebenfalls gestiegener Importe für einen positiven Wachstumsbeitrag der Netto-Exporte. Der spürbar beschleunigte Beschäftigungsaufbau sowie ein niedrigerer Anstieg des Arbeitskräftepotenzials sorgen für einen Rückgang der Arbeitslosenquote, die im Gesamtjahr 2017 mit 5,5 Prozent (ILO-Definition) erstmals seit 2011 wieder rückläufig war.

Wie so oft in den letzten Jahren startete die US-Wirtschaft 2017 schwach ins Jahr, belebte sich im weiteren Verlauf jedoch spürbar. Vom zweiten bis zum vierten Quartal wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt annualisiert um durchschnittlich 2,9 Prozent. Neben dem privaten Konsum entwickelten sich dabei dank des gestiegenen Ölpreises vor allem die Bruttoanlageninvestitionen dynamisch. Im Gesamtjahr 2017 nahm die Wirtschaftsleistung per Saldo um 2,3 Prozent zu.

China überraschte im Jahr 2017 mit positiven Konjunkturnachrichten: Die Wachstumsrate des realen BIP wurde im Gesamtjahr 2017 mit plus 6,9 Prozent veröffentlicht. Insgesamt scheint es der chinesischen Regierung gelungen zu sein, die Konjunkturlokomotive auf Kurs zu halten, den Kapitalabfluss einzudämmen und den Wechselkurs zu stabilisieren. Gegen Jahresende verdichteten sich allerdings die Anzeichen für eine bevorstehende Abflachung der Konjunkturdynamik.

Starkes Wachstum in CE und SEE, moderate Erholung in Russland

In Zentral- und Südosteuropa (CE und SEE) stiegen die teilweise negativen Inflationsraten zur Jahreswende 2016/2017 deutlich an, vor allem getrieben von der positiven Ölpreisentwicklung. Die Bewegung flachte sich jedoch im Jahresverlauf wieder ab, sodass die Inflationsentwicklung insgesamt moderat blieb. Im Durchschnitt lagen die Inflationsraten 2017 in CE bei 2,1 Prozent und in SEE bei 1,6 Prozent. Damit bestand 2017 in der Region kaum Druck, die geldpolitischen Zügel zu straffen. Zu Erhöhungen des Leitzinses kam es 2017 nur in Tschechien. In Rumänien stiegen die Geldmarktsätze allerdings bereits so deutlich an, dass die rumänische Zentralbank die Einlegesätze erhöhte.

Die Region Zentraleuropa (CE) wies 2017 dank einer im Jahresvergleich stärkeren Wirtschaftsentwicklung in Summe ein BIP-Wachstum von 4,4 Prozent auf und übertraf damit den Wert des Vorjahres um 1,6 Prozentpunkte. Die Region profitierte von der

kräftigen Konjunktur in Deutschland, der fortgesetzten Erholung in der Eurozone sowie der expansiven Geld- und Währungspolitik der EZB und der CE-Notenbanken. Ein weiterer Faktor war das Erstarren der Investitionstätigkeit durch verstärkte EU-Transferzahlungen in die Region. Polen, die Wachstumslokomotive in CE, gewann deutlich an Fahrt und zeigte ein Wachstum von 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt deuten die Wirtschaftsdaten auf ein ausbalanciertes Wachstum mit solider Exportentwicklung und einer dynamischen Binnenwirtschaft hin.

In Südosteuropa (SEE) wuchs die Wirtschaft 2017 mit einem Plus von 5,1 Prozent so stark wie schon seit Jahren nicht mehr. Zum Teil war dies vorübergehenden Faktoren geschuldet, unterstreicht jedoch andererseits, dass die Schwächephase der Vorjahre überwunden ist. Besonders die rumänische Volkswirtschaft steigerte ihr Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich auf 7,0 Prozent. Ausgelöst wurde diese Dynamik teils durch fiskalische Lockerungen in Form von Steuersenkungen, teils durch Lohnerhöhungen. Die 2017 erzielte Wachstumsrate liegt allerdings deutlich über dem Potenzialwachstum und ist daher nicht als nachhaltig anzusehen. Bulgarien holte mit einem BIP-Wachstum von 4,0 Prozent gegenüber Rumänien etwas auf. Demgegenüber enttäuschte das Wachstum in Serbien 2017, während sich die Konjunktur in Kroatien besser zeigte als erwartet.

Die wirtschaftliche Lage in Osteuropa (EE) verbesserte sich 2017 weiter. Russland profitierte von einer Erholung des Ölpreises, und auch die private Haushaltsnachfrage erholte sich nach einer langen Schwächephase wieder. Zudem wirkte die umsichtige Geld- und Fiskalpolitik Moskaus stabilisierend, ohne allerdings einen zusätzlichen Wachstumsimpuls zu liefern. Per Saldo fand die russische Wirtschaft 2017 nach der Stagnation im Vorjahr zu einem Wachstum von 1,5 Prozent zurück und übertraf damit die Erwartungen zu Jahresbeginn leicht. Die Inflationsrate ging in Russland bei einer insgesamt stabileren Währungsentwicklung weiter deutlich zurück und fiel zum Jahresende auf historisch niedrige 2,5 Prozent. Dies ermöglichte es der russischen Zentralbank, die Leitzinsen nach unten anzupassen. Allerdings war das Zinsniveau mit 7,75 Prozent zum Jahresende 2017 noch immer sehr hoch. Die ukrainische Wirtschaft wuchs mit einem Plus von 2,2 Prozent etwas langsamer als noch im Vorjahr, setzte damit aber ihre moderate Erholung fort. Positiv vom dominierenden Handelspartner Russland beeinflusst, beendete die belarussische Wirtschaft 2017 ihre zweijährige Rezession.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2016	2017e	2018f	2019f
Polen	2,9	4,5	4,6	3,9
Slowakei	3,3	3,4	4,0	4,0
Slowenien	3,1	4,8	3,8	2,8
Tschechien	2,5	4,5	3,3	3,2
Ungarn	2,2	4,0	3,8	3,2
Zentraleuropa	2,8	4,4	4,1	3,6
Albanien	3,4	3,8	4,0	3,8
Bosnien und Herzegowina	3,1	2,5	2,8	3,0
Bulgarien	3,9	4,0	4,2	4,0
Kroatien	3,2	2,9	2,3	2,5
Kosovo	4,1	4,1	4,2	4,0
Rumänien	4,8	7,0	4,2	3,5
Serbien	2,8	1,8	2,5	2,5
Südosteuropa	4,1	5,1	3,7	3,3
Belarus	-2,5	2,4	2,5	2,0
Russland	-0,2	1,5	1,5	1,5
Ukraine	2,3	2,2	2,5	3,0
Osteuropa	-0,1	1,6	1,6	1,6
Österreich	1,5	2,9	2,8	1,9
Deutschland	1,9	2,5	2,2	1,6
Eurozone	1,8	2,5	2,5	1,7

Bankensektor in Österreich

Unterstützt durch eine sehr positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung holte der Bankensektor in Österreich nach einer eher unterdurchschnittlichen Entwicklung in den Vorjahren 2017 im Vergleich zur Eurozone vor allem im Firmenkundengeschäft deutlich auf. Auch die Profitabilität der österreichischen Banken legte im Jahr 2017 auf konsolidierter Ebene spürbar zu. Unterstützt wurde dies durch das Geschäft in CEE, vor allem in Tschechien, Russland, Ungarn und der Slowakei, ebenso zeigen die Anpassungen bzw. Effizienzsteigerungsprogramme der letzten Jahre Wirkung. Angesichts der positiven Entwicklung des Gesamtmarkts konnte der österreichische Bankensektor zudem seine Kapitalisierung im Vergleich zu den Banken anderer wichtiger westeuropäischen Länder verbessern. Die Kapitalanforderungen werden sich dabei durch die Einführung des Systemrisikopuffers und des Puffers für anderweitig systemrelevante Institute, die das Finanzmarktstabilitätsgremium empfohlen hat, graduell weiter erhöhen. Positiv auf die Profitabilität der österreichischen (Groß-)Banken sollte sich in den kommenden Jahren schließlich auch die 2016 vollzogene Entlastung bei der Bankensteuer auswirken.

Entwicklung des Bankensektors in CEE

Viele Indikatoren bekräftigten 2017 eine signifikante Erholung des CEE-Bankensektors gegenüber der teils noch verhaltenen Entwicklung der Vorjahre. Sowohl die Neukreditvergabe als auch das Wachstum der Aktiva legten in einigen Ländern in CE und SEE nochmals zu (z. B. in Tschechien, der Slowakei und Rumänien). Zudem konnten mehr Bankenmärkte (z. B. Ungarn, Serbien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina) an dem insgesamt positiven Trend partizipieren, und fast überall wurde ein merkliches Wachstum der Aktiva verbucht. In Russland profitierten Banken mit einem nachhaltigen Geschäftsmodell trotz einer weiteren, von der Notenbank getriebenen Marktberaumung von der Aufhellung des Marktumfelds insgesamt. So hatte vor allem die notwendige Verstaatlichung zweier größerer russischer Banken im Herbst 2017 keinen Einfluss auf den Gesamtmarkt und die als Nischenakteure agierenden westlichen Auslandsbanken. Nahezu alle CEE-Bankenmärkte weisen eine komfortable Relation von Krediten zu Einlagen (von meist deutlich unter 100 Prozent) auf, die eine solide Basis für zukünftiges Wachstum darstellt. Zudem wurden signifikante Fortschritte bei der Rückführung notleidender Kredite (NPL) verzeichnet. Vor allem in CE und SEE ging die NPL Ratio von 7,1 Prozent auf knapp 6 Prozent weiter zurück und erreichte damit ihren niedrigsten Wert seit dem Jahr 2009. Angesichts der positiven Entwicklung des Gesamtmarkts stieg die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor wieder deutlich in den zweistelligen Bereich und auch über den Vergleichswert der Eurozone. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern der führenden in CEE aktiven westeuropäischen Banken erreichte mit etwa 15 bis 17 Prozent ihren höchsten Wert seit dem Jahr 2007.

Regulatorisches Umfeld

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Die RBI beschäftigte sich auch im Berichtsjahr intensiv mit laufenden oder bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen.

Änderungen der prudentiellen Anforderungen (CRD IV/CRR) sowie des Sanierungs- und Abwicklungsrahmenwerks (BRRD, SRMR)

Die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie und -verordnung (Capital Requirement Directive IV/Capital Requirement Regulation) sowie der Bankenabwicklungsrichtlinie BRRD (Bank Recovery and Resolution Directive) werden aktuell vom europäischen Gesetzgeber diskutiert. Für die RBI als grenzübergreifend aktive Bank sind insbesondere die Vorschläge zur Gleichwertigkeit von in Drittländern emittierten Kapitalinstrumenten (Third Country Equivalence) von besonderem Interesse. Sehr hoch ist auch die Bedeutung der Ausnahmen von der Anwendung der Kapital- und Liquiditätsanforderungen (Capital and Liquidity Waivers), da diese eine Voraussetzung für eine effiziente Allokation von Kapital und Liquidität innerhalb der Gruppe sind. Weitere wichtige Themen sind die Begrenzung der Anforderungen an verlusttragendes Eigen- und Fremdkapital (MREL), Änderungen im Marktrisiko und eine begünstigte regulatorische Behandlung von Software. Die RBI war im Jahr 2017 intensiv in den Konsultationsprozess involviert. Die Regelungen werden voraussichtlich ab dem Jahr 2021 oder 2022 anwendbar sein.

Basel IV

Ende 2017 finalisierte der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht die neuen internationalen Regelungen zur Ermittlung von risikogewichteten Aktiva (sog. Basel IV). Es dreht sich dabei um die Frage, wie Banken ihre Risiken kalkulieren. Diese müssen mit Eigenkapital unterlegt werden. Für die Risikokalkulation können Banken ein von der Aufsicht vorgegebenes Standardmodell oder bankeigene Modelle nutzen. Eine wesentliche Änderung stellt der Output Floor (ein Floor für die Summe der RWA aller Risikokategorien) in Höhe von 72,5 Prozent für Banken dar, die bankeigene Modelle verwenden. Dies bedeutet, dass der mit bankeigenen Modellen ermittelte Eigenkapitalbedarf mindestens 72,5 Prozent des mit einem Standardmodell berechneten Werts entsprechen muss.

Basel IV ist international bis 1. Jänner 2022 umzusetzen, für die EU gibt es aktuell noch keine rechtliche Übersetzung der Standards. Für den Output Floor ist eine Übergangsfrist bis 2027 vorgesehen, bis die 72,5 Prozent erreicht sein müssen.

BCBS 239

Im Jänner 2013 erließ der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht 14 allgemein formulierte Prinzipien zur Risikodatenaggregation und zum Risikoreporting von Kreditinstituten (BCBS 239). Ihr Ziel ist es, das Risikomanagement von Kreditinstituten zu stärken und der Erkenntnis des Baseler Ausschusses Rechnung zu tragen, dass dem Thema Daten und Datenqualität der Banken eine wesentliche Rolle zukommt.

Aufgrund ihrer Einstufung als systemrelevantes Institut muss die RBI Konformität mit diesen Prinzipien herstellen. Dementsprechend wurde diesem Thema im Jahr 2017 eine hohe Bedeutung zugemessen. Es wurde ein umfangreicher gruppenweiter Maßnahmen- und Implementierungsplan entwickelt, der die zeitgerechte Einhaltung der BCBS-239-Prinzipien sicherstellen wird.

Bankensanierung und Bankenabwicklung

Mit 1. Jänner 2015 ist das Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz (BaSaG), die nationale Umsetzung der BRRD aus dem Jahr 2014, in Kraft getreten. Die RBI AG untersteht hinsichtlich der Sanierungsagenden im Rahmen des Single Supervisory Mechanism (SSM) der direkten Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie hinsichtlich der Abwicklungsagenden im Rahmen des Single Resolution Mechanism (SRM) der direkten Aufsicht des Single Resolution Board (SRB).

Entsprechend den Anforderungen aus dem BaSaG verfügt die RBI AG über einen Gruppensanierungsplan. Im Sanierungsplan werden potenzielle Maßnahmen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit in finanziellen Stresssituationen beschrieben. Begleitet durch das Monitoring wesentlicher KPIs (Key Performance Indicators) zur Früherkennung etabliert der Sanierungsplan eine umfangreiche Governance-Struktur für Stresssituationen. Der Sanierungsplan wird von der RBI AG erstellt und von der Aufsichtsbehörde (EZB) geprüft.

Zahlungsverkehrsrichtlinie (Payment Services Directive 2)

Die neue Zahlungsverkehrsrichtlinie (PSD 2), die ab 13. Jänner 2018 anwendbar ist, soll den Konsumentenschutz verbessern, indem die Sicherheit der Services und der Einsatz neuer Technologien im Rahmen des Open-Banking-Prinzips forciert werden. Die Richtlinie ermöglicht es neuen Marktteilnehmern – so genannten Drittanbietern (TPP) wie z. B. Fintechs –, Zahlungsverkehrsservices anzubieten und regelt deren Verhältnis zu den klassischen Banken, die den TPP Zugang zu Kundenkonten ermöglichen müssen, sofern die Kunden dem zugestimmt haben.

Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ist ab 25. Mai 2018 anwendbar und bezieht sich auf die Daten von natürlichen Personen (z. B. Kunden oder Mitarbeitern) und stärkt die Kontrollrechte dieser Personen hinsichtlich ihrer Daten. Von diesen Regelungen sind in der RBI alle Abteilungen betroffen, die mit persönlichen Daten zu tun haben. Seit Februar 2017 läuft in der RBI ein umfassendes Projekt, das sich mit der Definition und Implementierung von Prozessen zum Schutz von persönlichen Daten bzw. mit der Identifikation von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten beschäftigt und den dafür notwendigen IT-Rahmen schafft. Neben dem Projekt in der Konzernzentrale gibt es weitere Projekte in den Netzwerkeinheiten sowie in den österreichischen Verbund- bzw. Beteiligungsunternehmen. Diese werden von der Konzernzentrale koordiniert und unterstützt.

Vorbereitung auf die Anwendung von MiFID II und PRIIP

Die bereits 2016 begonnene Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) samt Verordnung (MiFIR) und weiteren technischen Verpflichtungen wurde fortgeführt, sodass MiFID II seit 3. Jänner 2018 angewendet werden kann.

Ebenso wurde die Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlage- und Versicherungsprodukte für Kleinanleger (PRIIP) derart umgesetzt, dass die entsprechenden Basisinformationsblätter den Retail-Kunden ab 3. Jänner 2018 ausgehändigt werden konnten.

Bankenaufsicht

Der Fokus der Bankenaufsicht durch die EZB war im Jahr 2017 auf drei Bereiche gerichtet: Risiken im Zusammenhang mit dem Geschäftsmodell und der Ertragskraft, dem Kreditrisiko mit dem Schwerpunkt notleidender Kredite sowie generell dem Risikomanagement. Im Blickpunkt des Joint Supervisory Teams standen auch die ausgelagerten Tätigkeiten der RBI und eine Überprüfung der internen Kreditrisikomodelle. Die Auswirkungen im Zusammenhang mit dem Brexit und den Entwicklungen im Fintech-Sektor wurden ebenfalls analysiert. Zusätzlich gab es einen intensiven Abstimmungsprozess mit den zuständigen Abwicklungsbehörden – dem Single Resolution Board auf EU-Ebene, der FMA und den jeweiligen nationalen Behörden in den EU-Mitgliedstaaten, in denen die RBI mit Netzwerkbanken vertreten ist – zur Herstellung der Abwicklungsfähigkeit.

Ergebnis- und Finanzentwicklung

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem österreichischen Bankwesengesetz (BWG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWG geforderten Angaben wird auf den Anhang, Punkt (46) Sonstige Angaben gemäß BWG, verwiesen.

Im März 2017 erfolgte die Verschmelzung der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB AG) in die RBI AG. Damit wurden die Bilanz- und Ergebnisbestandteile der RZB AG und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften in den RBI-Konzern integriert. Die Zahlen für die Vorjahresvergleichsperiode sowie für den Vorjahresvergleichsstichtag werden in diesem Kapitel als Pro-forma-Werte so dargestellt, als ob das fusionierte Unternehmen bereits im Vorjahr in dieser Form existiert hätte. Insbesondere wurden in der Pro-forma-Erfolgsrechnung für 2016 alle Effekte im Zusammenhang mit dem Verkauf und der Bewertung der Anteile an der UNIQA Insurance Group AG eliminiert. Die Pro-forma-Werte wurden weder geprüft noch einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Vergleichswerte im Kapitel Konzernabschluss sind gemäß IFRS dagegen auf Basis der publizierten Vorjahreszahlen auszuweisen.

Nach dem vorzeitigen Abschluss des 2015 gestarteten Transformationsprogramms wurde das Segment Non-Core Anfang 2017 aufgelöst; das verbleibende Geschäft wurde auf die regionalen Segmente aufgeteilt.

Wesentliche Ereignisse

Verschmelzung mit RZB AG abgeschlossen

Nachdem die außerordentliche Hauptversammlung der RBI AG im Jänner 2017 der Verschmelzung mit der RZB AG mit 99,4 Prozent zugestimmt hatte, wurde die Verschmelzung am 18. März 2017 im Firmenbuch eingetragen und somit rechtswirksam. Im Rahmen der ebenfalls im Firmenbuch eingetragenen Kapitalerhöhung der RBI AG wurden den Aktionären der RZB AG als Gegenleistung zur Abfindung des durch die Verschmelzung übertragenen Vermögens neue Aktien gewährt. Die Gesamtzahl der begebenen Aktien der RBI AG beträgt daher nunmehr 328.939.621 Stück statt zuvor 292.979.038 Stück.

Mit der Verschmelzung der RZB AG in die RBI AG erhöhte sich die Anzahl der konsolidierten Unternehmen um 175 Finanzdienstleister und Spezialgesellschaften auf 281 Gesellschaften. Der Verschmelzungseffekt erhöhte die Bilanzsumme um € 22.941 Millionen und belief sich im Eigenkapital auf € 519 Millionen. Nähere Details sind im Abschnitt Grundlagen der Abschlusserstellung und in der Eigenkapitalveränderungsrechnung im Anhang erläutert.

Durch die Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG ergab sich eine Veränderung der Segmentierung. Die bisherigen RBI-Segmente Zentraleuropa, Südosteuropa, Osteuropa und Corporate Center wurden um die entsprechenden Aktivitäten aus der RZB erweitert. Neu eingeführt wurde das Segment Group Corporates & Markets für das in Österreich gebuchte operative Geschäft.

Platzierung von zusätzlichem Kernkapital

Zur weiteren Optimierung ihrer Kapitalstruktur platzierte die RBI mit Valuta 5. Juli 2017 zusätzliches Kernkapital (AT1) im Volumen von € 650 Millionen mit unbegrenzter Laufzeit. Bis Dezember 2022 beträgt der Kupon 6,125 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Die Kuponzahlungen an den halbjährlich vorgesehenen Kuponterminen 15. Dezember und 15. Juni eines jeden Jahres sind diskretionär. Das AT1 wird aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert.

Mit Valuta 24. Jänner 2018 platzierte die RBI eine weitere Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 500 Millionen. Der diskretionäre Kupon dieser Emission beträgt bis Mitte Juni 2025 4,5 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Damit hat die RBI ihr geplantes AT1-Emissionsprogramm abgeschlossen.

Verkauf oder Börsegang in Polen

Im Juli 2017 hat die RBI den Börsegang ihrer polnischen Tochtergesellschaft Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, verschoben. Dieser beruht auf einer Verpflichtung gegenüber der polnischen Aufsichtsbehörde, die die RBI im Rahmen des Kaufs der Polbank eingegangen war. Grund für die Verschiebung war das nicht ausreichende Interesse am Angebot innerhalb jener Parameter, zu denen sich die RBI gegenüber der polnischen Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit einer Notierung der Aktien der Raiffeisen Bank Polska an der Warschauer Börse verpflichtet hat. Die polnische Aufsichtsbehörde legte die neue Frist für den Börsegang für Mitte Mai 2018 fest.

Nunmehr erwägt die RBI den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska (ohne FX-Portfolio) an einen Investor als eine Alternative. Die Verpflichtung der RBI gegenüber dem polnischen Regulator, die Aktien der Raiffeisen Bank Polska an der Warschauer Börse zu listen, kann sowohl über einen Verkauf von mindestens 15 Prozent der Aktien der Raiffeisen Bank Polska an Streubesitz-Aktionäre im Zuge eines Börsengangs als auch über einen Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska an einen Investor erfüllt werden. Da die Voraussetzungen des IFRS 5 nicht gegeben sind, wurde von einer Einstufung des Kernbankgeschäfts als zur Veräußerung gehaltener Vermögenswert abgesehen.

Das Geschäftsjahr im Überblick

Die gute volkswirtschaftliche Gesamtsituation und das freundliche Marktumfeld haben dazu beigetragen, dass sich das Konzernergebnis der RBI mit einem Anstieg um € 596 Millionen auf € 1.116 Millionen im Vergleich zur Vorjahresperiode mehr als verdoppelte. Auch 2017 haben sich dabei die zwei wesentlichen makroökonomisch induzierten Trends für die Geschäftsentwicklung fortgesetzt: zum einen die Belastung durch das anhaltend niedrige Zinsniveau im zentral- und südosteuropäischen Raum, zum anderen die Entlastung aus den in nahezu allen Märkten deutlich niedrigeren Kreditrisikovorsorgen. Darüber hinaus wirkten sich auch die Effekte aus dem Anfang 2017 vorzeitig abgeschlossenen Transformationsprogramm positiv auf die Geschäftsentwicklung aus. Alle Märkte, in denen die RBI operativ tätig ist, schrieben Gewinne, in den meisten Märkten konnten diese - teilweise sogar deutlich - ausgebaut werden. Aufgrund dieser Faktoren wird der Hauptversammlung nach drei dividendenlosen Jahren auch wieder eine Dividendenzahlung von € 0,62 je Aktie vorgeschlagen. Dies ergäbe eine maximale Ausschüttungssumme von € 204 Millionen bzw. eine Payout Ratio von 18 Prozent.

Neben einem um € 153 Millionen gestiegenen Betriebsergebnis trugen zu dieser Verbesserung insbesondere die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen bei, die mit € 287 Millionen um € 471 Millionen unter dem Vorjahr lagen. Dies war primär einem deutlichen Rückgang der Neudotierungen um 35 Prozent zu verdanken. Die NPL Ratio lag bei 5,7 Prozent und damit um 3,0 Prozentpunkte unter dem Wert zu Jahresbeginn. Erreicht werden konnte dies durch die allgemein verbesserte Risikosituation sowie eine Bereinigung des Portfolios an notleidenden Krediten. Neben der Ausbuchung von Kreditforderungen wurden zudem notleidende Kredite in Höhe von € 1.010 Millionen veräußert. Dieser Wert lag knapp unter dem Vorjahreswert, der Gewinn aus den Verkäufen war jedoch deutlich höher.

Die Betriebserträge stiegen im Jahresvergleich um 2 Prozent oder € 116 Millionen auf € 5.228 Millionen. Wesentlich zu diesem Anstieg beigetragen hat der Provisionsüberschuss mit einem Zuwachs von 7 Prozent oder € 120 Millionen, unterstützt von Aufwertungseffekten des russischen Rubels und höheren Erlösen aus dem Zahlungsverkehr und dem Wertpapiergeschäft. Der Zinsüberschuss blieb nahezu unverändert, sowohl Volumen als auch Marge änderten sich hier nur wenig. Grund für diese Konstanz waren einerseits verbesserte Margen in Russland und Polen, andererseits gerieten in Österreich sowie in Zentral- und Südosteuropa die Zinsmargen weiter unter Druck.

Die Verwaltungsaufwendungen blieben mit € 3.104 Millionen um 1 Prozent oder € 37 Millionen knapp unter dem Vorjahr. Rückgänge ergaben sich vor allem in Polen (aufgrund des Verkaufs der Leasingtochter und des laufenden Optimierungsprogramms) sowie durch den Rückzug aus Asien und den USA. Diesen positiven Effekten standen eine Währungsaufwertung und Gehaltserhöhungen in Russland gegenüber. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter nahm im Jahresabstand um 1.671 Vollzeitalternative auf 50.139 ab, der Personalaufwand erhöhte sich jedoch leicht um € 2 Millionen auf € 1.554 Millionen. Auch der Sachaufwand stieg geringfügig um knapp 1 Prozent oder € 8 Millionen auf € 1.222 Millionen, verursacht durch höhere Werbe- und Sicherheitsaufwendungen. Die Zahl der Geschäftsstellen reduzierte sich im Jahresabstand um 113 auf 2.409, im Wesentlichen bedingt durch das Optimierungsprogramm in Polen (minus 62 Filialen). Dadurch nahm auch der Raumaufwand um 6 Prozent ab.

Die RBI wies zum Jahresende eine Bilanzsumme von € 135.146 Millionen auf. Dies bedeutet eine leichte Erhöhung um € 342 Millionen, obwohl Währungsabwertungen einen Rückgang um rund € 1,9 Milliarden verursachten. Die Forderungen an Kunden stiegen um 2 Prozent oder € 1.463 Millionen auf € 81.232 Millionen, hervorgerufen durch Neukreditvergaben in Tschechien, der Slowakei und Russland. Die Kredite an Firmenkunden (große und mittelgroße Firmenkunden) blieben mit € 46.875 Millionen nahezu konstant, während die Forderungen an Retail-Kunden (Privatpersonen sowie Klein- und Mittelbetriebe) um € 1.484 Millionen stiegen. Dies war vor allem auf Wachstum in Russland, der Slowakei und Tschechien zurückzuführen. Dem standen Rückgänge durch Währungsabwertungen und Ausbuchungen von notleidenden Krediten gegenüber.

Das Eigenkapital der RBI inklusive des Kapitals nicht beherrschender Anteile verzeichnete einen Anstieg um € 1.490 Millionen auf € 11.241 Millionen. Anfang des dritten Quartals konnte die RBI zusätzliches Kernkapital (AT1) im Volumen von € 650 Millionen mit unbegrenzter Laufzeit platzieren, das aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert wird. Während das Ergebnis nach Steuern € 1.246 Millionen betrug, ergab sich für das sonstige Ergebnis ein Minus von € 197 Millionen. Dieses beruhte im Wesentlichen auf dem Bewertungsergebnis der Veränderung des eigenen Kreditrisikos bei zum Marktwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten von minus € 140 Millionen sowie Währungsdifferenzen von minus € 70 Millionen.

Verbessert haben sich auch die wesentlichen Kennzahlen beim regulatorischen Kapital: Das harte Kernkapital nach Abzugsposten betrug zum Jahresende € 9.266 Millionen und war damit um € 662 Millionen höher als zum Jahresende 2016. Dabei wurde die vorgeschlagene Dividende bereits berücksichtigt. Die gesamten Eigenmittel nach CRR betragen € 12.892 Millionen. Dies ent-

spricht im Vergleich zum Jahresendwert 2016 einem Anstieg um € 1.088 Millionen, der nicht zuletzt durch die Emission von € 650 Millionen an zusätzlichem Kernkapital begründet war. Die Risikoaktiva (gesamt) wuchsen um € 3.992 Millionen auf € 71.902 Millionen. In diesem Zuwachs ist ein anorganischer Effekt von € 2.784 Millionen enthalten, da der polnische Regulator die Risikogewichtung von besicherten Hypothekarkrediten auf 150 Prozent (statt bisher 35 Prozent) erhöhte. Auf die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) hatte dies einen Effekt von minus 54 Basispunkten, bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 12,9 Prozent (plus 0,2 Prozentpunkte) und eine Eigenmittelquote (transitional) von 17,9 Prozent (plus 0,5 Prozentpunkte). Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen lagen die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) bei 12,7 Prozent und die Eigenmittelquote (fully loaded) bei 17,8 Prozent.

Posten der Erfolgsrechnung im Detail

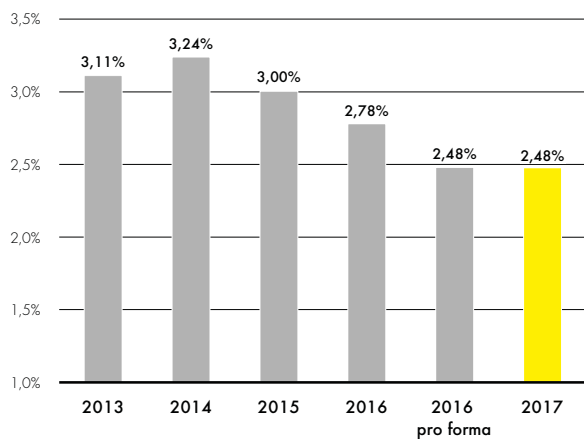
in € Millionen	2017	2016 pro forma	Veränderung	2016 veröffentlicht
Zinsüberschuss	3.208	3.197	11	2.935
Provisionsüberschuss	1.719	1.599	120	1.497
Handelsergebnis	244	220	25	215
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	57	96	-39	45
Betriebserträge	5.228	5.112	116	4.692
Personalaufwand	-1.554	-1.552	-2	-1.410
Sachaufwand	-1.222	-1.214	-8	-1.107
davon regulatorischer Sachaufwand	-148	-152	4	-144
Abschreibungen	-328	-375	46	-331
Verwaltungsaufwendungen	-3.104	-3.141	37	-2.848
Betriebsergebnis	2.123	1.971	153	1.844
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-287	-758	471	-754
Übrige Ergebnisse	-224	-267	42	-204
Ergebnis vor Steuern	1.612	946	666	886
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-366	-310	-56	-312
Ergebnis nach Steuern	1.246	636	610	574
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-130	-116	-13	-111
Konzernergebnis	1.116	520	596	463

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss blieb mit einem geringfügigen Anstieg um € 11 Millionen auf € 3.208 Millionen nahezu stabil. Dabei stand ein vorwiegend währungs- und margenbedingter Anstieg des Zinsüberschusses in Russland (plus € 84 Millionen) rückläufigen Zinserträgen in anderen Märkten gegenüber, die sich aus dem anhaltend niedrigen Zinsniveau ergaben.

Entwicklung der Nettozinsspanne (durchschnittliche zinstragende Aktiva)



Im Segment Zentraleuropa nahm der Zinsüberschuss um 44 Prozent oder € 294 Millionen auf € 960 Millionen zu. Dieser Anstieg resultierte hauptsächlich aus der Umgliederung Polens aus dem Segment Non-Core in das Segment Zentraleuropa (€ 266 Millionen). In Ungarn stieg der Zinsüberschuss vorwiegend aufgrund liquiditätsbedingter Optimierungen um € 24 Millionen. Im Segment Südosteuropa hingegen sank der Zinsüberschuss um 1 Prozent oder € 10 Millionen auf € 727 Millionen. Dabei verzeichneten alle Länder des Segments – mit Ausnahme von Rumänien (plus € 7 Millionen) und Serbien (plus € 1 Million) – Rückgänge. Im Segment Osteuropa wiederum stieg der Zinsüberschuss um 9 Prozent oder € 77 Millionen auf € 941 Millionen. Den größten Zuwachs gab es hier mit einem vorwiegend währungsbedingten Anstieg um € 84 Millionen in Russland. In der Ukraine kam es ebenfalls zu einem Anstieg des Zinsüberschusses um € 15 Millionen, hauptsächlich bedingt durch Zinsanpassungen bei Kundeneinlagen. In Belarus hingegen lag der Zinsüberschuss aufgrund gesunkener Marktzinsen um € 22 Millionen unter dem Vorjahreswert. Auch im Segment Group Corporates & Markets war der Zinsüberschuss aufgrund

einer im Vorjahr gebuchten Dividende aus Anteilen an verbundenen Unternehmen (€ 59 Millionen) sowie des ungünstigen Zinsumfelds, speziell im Bauspargeschäft, weiterhin rückläufig (Rückgang um € 102 Millionen).

Die Nettozinsspanne blieb im Jahresabstand mit 2,48 Prozent unverändert. Aufgrund des anhaltend niedrigen Marktzinsniveaus in den meisten Märkten war hier zwar einerseits eine Verringerung festzustellen. Umgekehrt ergab sich eine leichte Erhöhung in Osteuropa, die durch einen höheren Anteil des Geschäftsvolumens in lokaler Währung sowie durch positive Effekte aus der Wechselkursentwicklung (4 Basispunkte) unterstützt wurde.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich aufgrund höherer Umsätze in Osteuropa im Jahresvergleich um 7 Prozent oder € 120 Millionen auf € 1.719 Millionen. Den größten Zuwachs verzeichnete dabei das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr, das volumen- und margenbedingt in Russland (hier vor allem im Kreditkartengeschäft), der Ukraine, in Polen sowie in der RBI AG um 12 Prozent oder € 79 Millionen auf € 735 Millionen zunahm. Ebenso legte das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft um € 20 Millionen auf € 151 Millionen zu. Die wichtigsten Beiträge stammten hier aus der RBI AG, der Raiffeisen Centrobank AG und aus Polen. Das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds stieg aufgrund höherer Volumina überwiegend in der Raiffeisen Capital Management, der Valida-Gruppe sowie in Kroatien um € 12 Millionen auf € 174 Millionen. Auch das Ergebnis aus der Vermittlung von Eigen- und Fremdprodukten wuchs – vorrangig durch die Entwicklung in Tschechien und Russland – um 13 Prozent oder € 8 Millionen auf € 68 Millionen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis nahm gegenüber dem Vorjahr um € 25 Millionen auf € 244 Millionen zu. Dabei erhöhte sich das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft um € 31 Millionen auf € 143 Millionen. Hauptgründe dafür waren Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und Fremdwährungspositionen in Russland, der Slowakei und Serbien sowie ein Anstieg in Tschechien bedingt durch die Aufhebung des Mindestkurses für die tschechische Krone. Dagegen verzeichnete Kroatien einen Rückgang um € 7 Millionen, hervorgerufen durch niedrigere Erträge aus Wertpapierpositionen, derselbe Grund führte auch in Belarus und Polen zu Einbußen. Das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft stieg dank höherer Umsätze aus der Emission und dem Vertrieb von Zertifikaten (insbesondere Teilschutz- sowie Garantiezertifikate) in der Raiffeisen Centrobank AG um € 30 Millionen auf € 16 Millionen. Demgegenüber reduzierte sich das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft – primär aufgrund geringerer Zins- und Bewertungserträge aus derivativen Finanzinstrumenten und Wertpapierpositionen in der RBI AG, Albanien, Rumänien und Kroatien – um € 42 Millionen auf € 82 Millionen. Tschechien verzeichnete hier einen Zuwachs.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Das laufende sonstige betriebliche Ergebnis verringerte sich im Jahresvergleich um € 39 Millionen auf € 57 Millionen. Neben einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen vorwiegend in Serbien, Russland und Rumänien sowie dem Wegfall von Ergebnisbeiträgen durch die Endkonsolidierung einer Servicetochter (€ 9 Millionen) ergaben sich zusätzlich folgende Veränderungen diverser Einzelpositionen: In Tschechien fiel das Ergebnis um € 7 Millionen niedriger aus, nachdem sich hier im Vorjahr der Verkauf des Card Acquiring Business mit € 8 Millionen positiv ausgewirkt hatte. In Polen entfielen infolge des Verkaufs der Leasinggesellschaft die Erlöse aus Leasingtätigkeiten in Höhe von € 10 Millionen. Weiters wurde in Ungarn ein um € 6 Millionen niedrigeres Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten verbucht. In der Slowakei hingegen konnten Rückstellungen für Rechtsfälle in Höhe von € 7 Millionen aufgelöst werden. Schließlich ging in Ungarn und in der RBI AG der Aufwand aus sonstigen Steuern um € 8 Millionen zurück.

ÜBER DIE RBI

KONZERNLAGEBERICHT

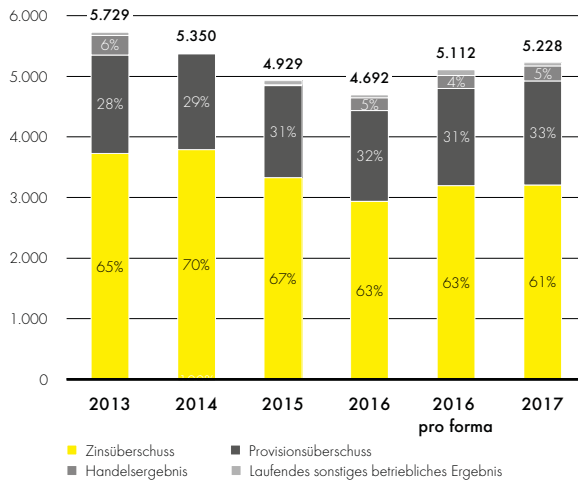
SEGMENTBERICHTE

KONZERNABSCHLUSS

SERVICE

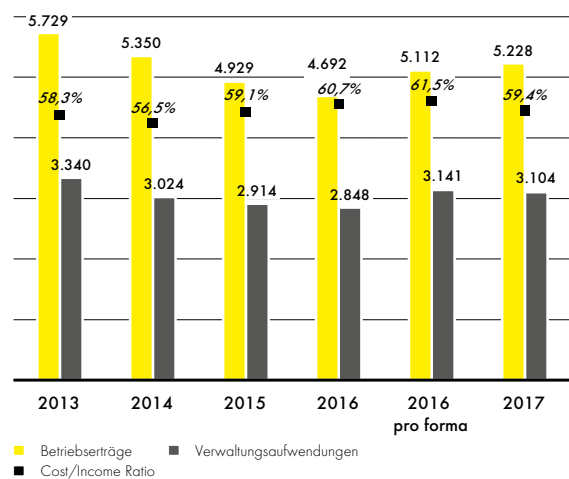
Entwicklung der Betriebserträge

in € Millionen



Entwicklung der Cost/Income Ratio

in € Millionen



Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen des Konzerns sanken im Jahresvergleich um 1 Prozent oder € 37 Millionen auf € 3.104 Millionen – trotz Währungsaufwertungen. Insbesondere stieg der Durchschnittskurs des russischen Rubels um 12 Prozent im Jahresvergleich. Die Cost/Income Ratio reduzierte sich dadurch – und zusätzlich aufgrund höherer Betriebserträge – um 2,1 Prozentpunkte auf 59,4 Prozent.

Personalaufwand

Die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen war mit einem Anteil von 50 Prozent der Personalaufwand, der um € 2 Millionen auf € 1.554 Millionen zunahm. Ein Zuwachs war dabei vor allem in Russland zu verzeichnen (Anstieg um € 41 Millionen). Er ging vor allem auf die Währungsaufwertung des russischen Rubels, aber auch auf Gehaltsanpassungen und einen Anstieg der Mitarbeiteranzahl zurück. Dem standen Rückgänge infolge des Rückzugs aus Asien und den USA (Rückgang um € 20 Millionen) und in Polen bedingt durch den Verkauf der Leasinggesellschaft sowie aufgrund der laufenden Optimierungsmaßnahmen (Rückgang um € 14 Millionen) gegenüber.

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) sank im Jahresabstand um 1.671 Personen auf 50.139. Den größten Rückgang verzeichnete hier die Ukraine (minus 1.360), zu weiteren Reduktionen kam es aufgrund von Endkonsolidierungen im Vorjahr.

Sachaufwand

Der Sachaufwand stieg um 1 Prozent oder € 8 Millionen auf € 1.222 Millionen. Dabei wuchsen die Werbe- und Repräsentationsaufwendungen vorwiegend aufgrund diverser Werbekampagnen zur Einführung neuer Retail-Produkte in Russland um € 12 Millionen. Die Sicherheitsaufwendungen erhöhten sich ebenfalls um € 11 Millionen, speziell in Rumänien und Russland. Dagegen nahm der Raumaufwand um € 15 Millionen ab. Höheren Aufwendungen im Zusammenhang mit der Schließung von asiatischen Filialen im Vorjahr stand hier im Geschäftsjahr eine Reduktion durch Filial- und Standortoptimierungen in Polen gegenüber. Die Zahl der Geschäftsstellen nahm im Jahresabstand um 113 auf 2.409 ab, im Wesentlichen hervorgerufen durch das laufende Optimierungsprogramm und den Verkauf der Leasingaktivitäten in Polen (minus 62) sowie Filialschließungen in Rumänien (minus 26).

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte sanken im Vergleich zum Vorjahr um 12 Prozent oder € 46 Millionen auf € 328 Millionen. Den größten Rückgang verzeichnete dabei Polen. Hier war im Vorjahr eine Wertminderung von € 26 Millionen auf die Marke verbucht worden, eine zusätzliche Reduktion bewirkte der Verkauf der Leasinggesellschaft. Zu weiteren Rückgängen kam es in der Slowakei sowie durch den Rückzug aus Asien. Hingegen kam es im Geschäftsjahr zu Wertminderungen von € 25 Millionen auf Gebäude im Portfolio des Raiffeisen Immobilienfonds.

Im Berichtszeitraum investierte der Konzern € 410 Millionen in Anlagevermögen. Davon flossen 35 Prozent (€ 144 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Projekte betrafen, entfielen 49 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen gingen im Jahresvergleich um insgesamt 62 Prozent oder € 471 Millionen auf € 287 Millionen zurück. Dabei fielen die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen mit € 322 Millionen um € 449 Millionen geringer aus, während sich die Nettoauflösungen für Portfolio-Wertberichtigungen um € 20 Millionen auf € 24 Millionen erhöhten. Die Position Erlöse aus der Beendigung oder aus dem Verkauf von Krediten blieb mit € 11 Millionen nahezu unverändert.

Von den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen entfielen im Geschäftsjahr € 179 Millionen (Vorjahr: € 500 Millionen) auf Firmenkunden und € 123 Millionen auf Retail-Kunden (Vorjahr: € 241 Millionen).

Die größten Rückgänge bei den Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen wurden mit einer Reduktion um € 128 Millionen auf € 134 Millionen in der RBI AG und mit einer Abnahme um € 99 Millionen auf € 47 Millionen in Russland verzeichnet. Beides ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr höhere Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen vor allem für größere Einzelfälle im Firmenkundengeschäft erforderlich gewesen waren. In Albanien kam es im Berichtsjahr zu einer Nettoauflösung von € 3 Millionen, nachdem im Vorjahr durch den Ausfall einiger Großkunden € 65 Millionen netto gebildet worden waren. Auch in der Ukraine verbesserte sich die Risikosituation deutlich, vor allem gestützt durch den Verkauf notleidender Kredite. Hier kam es im Geschäftsjahr zu einer Nettoauflösung von € 58 Millionen nach einer Nettoauflösung von € 2 Millionen im Vorjahr. Ebenso erfreulich war die Entwicklung in Ungarn mit einer Nettoauflösung von € 52 Millionen im Geschäftsjahr (Vorjahr: Nettoauflösung von € 7 Millionen), in Belarus mit einem Rückgang um € 20 Millionen und in Tschechien mit einer Reduktion um € 15 Millionen. Hingegen stiegen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen in Polen um € 37 Millionen auf € 77 Millionen. Dies betraf sowohl Firmenkunden – hier vor allem Projektfinanzierungen im Zusammenhang mit Windparks – als auch Retail-Kunden – überwiegend im Hypothekarkreditgeschäft. In Kroatien war vor allem ein Ausfall eines Großkunden für den Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen um € 25 Millionen auf € 48 Millionen verantwortlich.

Die deutliche Verbesserung des Kreditrisikos zeigt auch der Bestand an notleidenden Kundenkrediten, der im Jahresverlauf um € 2.299 Millionen auf € 4.611 Millionen sank. Hauptverantwortlich dafür waren der Verkauf von notleidenden Krediten (€ 1.010 Millionen) und die Ausbuchung von uneinbringlichen Forderungen (€ 1.635 Millionen). Währungseffekte führten zu einem zusätzlichen Rückgang um € 145 Millionen. Die größten Reduktionen verzeichneten Group Corporates & Markets (Rückgang um € 723 Millionen), Ukraine (Rückgang um € 635 Millionen) und Ungarn (Rückgang um € 183 Millionen). Im Einklang mit dieser Entwicklung sank die NPL Ratio im Jahresvergleich um 3,0 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent. Den notleidenden Krediten standen zum Bilanzstichtag Wertberichtigungen in Höhe von € 3.091 Millionen gegenüber (Rückgang um € 2.103 Millionen). Aufgrund der Ausbuchung von Krediten und des Verkaufs notleidender Kredite sank die NPL Coverage Ratio um 8,1 Prozentpunkte auf 67,0 Prozent.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – sank im Jahresvergleich um 0,58 Prozentpunkte auf 0,35 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten verbesserte sich im Jahresvergleich um € 218 Millionen auf minus € 41 Millionen. Verantwortlich dafür waren verbesserte Bewertungsergebnisse aus Bankbuchderivaten – vor allem Interest Rate Swaps zur Absicherung von Staatsanleihen im Fair-Value-Wertpapierportfolio – sowie aus eigenen Emissionen. Die Veränderung des Credit Spreads für eigene Verbindlichkeiten (Vorjahr: minus € 119 Millionen) wird seit Anfang 2017 direkt im Eigenkapital erfasst.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen ging gegenüber dem Vorjahr um € 263 Millionen auf minus € 83 Millionen zurück. Ausschlaggebend dafür waren zum einen geringere Veräußerungsergebnisse aus Unternehmensanteilen – im Vorjahr war aus dem Verkauf von Aktien der Visa Europe Ltd. an die Visa Inc. ein Erlös von € 132 Millionen erzielt worden. Zum anderen wirkte sich ein negatives Bewertungsergebnis aus Wertpapieren des Fair-Value-Bestands von minus € 68 Millionen entsprechend aus, nachdem hier im Vorjahr, im Wesentlichen aufgrund der Bewertung von durch Interest Rate Swaps abgesicherten Staatsanleihen, ein positiver Wert von € 70 Millionen erzielt worden war.

Bankenabgaben und Sondereffekte

Der Aufwand für Bankenabgaben sank im Jahresvergleich um € 54 Millionen auf € 121 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren Rückgänge von € 45 Millionen in Österreich und von € 6 Millionen in Ungarn, die sich jeweils aus einer Änderung der Berechnungsgrundlage ergaben. In Polen verringerte sich der Aufwand für Bankenabgaben um € 3 Millionen.

In Rumänien erfolgte aufgrund der Entscheidung des Verfassungsgerichts, dass das so genannte „Walkaway Law“ nicht retrospektiv anwendbar ist, im ersten Quartal 2017 die Auflösung des Großteils der hierfür gebildeten Rückstellung im Ausmaß von € 21 Millionen. Im Vorjahr war für dieses damals neue Gesetz eine Rückstellung von € 27 Millionen gebildet worden.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Im Geschäftsjahr wurde aus der Endkonsolidierung von 49 Tochterunternehmen ein Ergebnis von minus € 2 Millionen erzielt. Im Vorjahr war hier ein Ergebnis von € 27 Millionen verbucht worden, das überwiegend aus dem Verkauf der polnischen Leasinggesellschaft und eines Immobilien-Leasingprojekts in Tschechien resultiert hatte. Von den im Geschäftsjahr ausgeschiedenen Tochterunternehmen wurden 43 aufgrund von Unwesentlichkeit, zwei infolge Verkaufs, drei aufgrund der Beendigung der Geschäftstätigkeit und eines aufgrund der Änderung des Kontrollverhältnisses endkonsolidiert. Die Gesellschaften waren im Leasing-, Finanzierungs- und Bankgeschäft sowie als Anbieter von Nebendienstleistungen tätig.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag stiegen im Jahresvergleich um 18 Prozent oder € 56 Millionen auf € 366 Millionen. Die effektive Steuerquote ging hingegen um 10 Prozentpunkte auf 23 Prozent zurück. Hauptgrund dieser starken Reduktion war einerseits ein verbesserter Ergebnisbeitrag der RBI AG und andererseits die Nutzung von nicht aktivierten Verlustvorträgen in einigen Konzerneinheiten (Albanien, Ungarn). Überdies sank die Steuerquote in Polen deutlich, nachdem es im Vorjahr durch den konzerninternen Verkauf der Leasinggesellschaft zu einem höheren Steueraufwand gekommen war.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2017	Q3/2017	Veränderung	
Zinsüberschuss	816	803	13	1,6%
Provisionsüberschuss	448	429	19	4,4%
Handelsergebnis	62	50	12	23,6%
Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis	13	9	4	43,0%
Betriebserträge	1.339	1.291	48	3,7%
Personalaufwand	-409	-365	-43	11,9%
Sachaufwand	-314	-272	-42	15,6%
davon regulatorischer Sachaufwand	-18	-17	-1	5,1%
Abschreibungen	-90	-81	-9	11,1%
Verwaltungsaufwendungen	-813	-718	-95	13,2%
Betriebsergebnis	526	573	-47	-8,2%
Nettodorierungen zu Kreditrisikovorsorgen	-127	-84	-43	52,0%
Übrige Ergebnisse	-88	-37	-51	138,3%
Ergebnis vor Steuern	311	452	-142	-31,3%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-77	-97	20	-20,8%
Ergebnis nach Steuern	234	356	-121	-34,1%
Ergebnis nicht beherrschender Anteile	-28	-33	5	-16,1%
Konzernergebnis	206	322	-116	-36,0%

Betriebserträge

Zinsüberschuss

Im Vergleich zum dritten Quartal 2017 stieg der Zinsüberschuss im vierten Quartal um 2 Prozent oder € 13 Millionen auf € 816 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren um € 9 Millionen höhere Zinserträge aus Kundenkrediten sowie ein um € 4 Millionen höheres laufendes Ergebnis at-equity bewerteter Unternehmen. Die Nettozinsspanne erhöhte sich im Quartalsvergleich um 4 Basispunkte auf 2,50 Prozent. Positive Impulse kamen dabei aus Tschechien und Rumänien aufgrund des Anstiegs der Leitzinsen sowie aus Russland aufgrund des höheren Volumens an lokalen Ausleihungen.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich gegenüber dem dritten Quartal um 4 Prozent oder € 19 Millionen auf € 448 Millionen, vorwiegend zurückzuführen auf saisonbedingt höhere Umsätze aus verschiedenen Dienstleistungen. Den größten Anstieg verzeichnete dabei mit einer Zunahme um 6 Prozent oder € 12 Millionen auf € 197 Millionen das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr, vor allem im Kreditkartengeschäft in Russland und Rumänien. Das Ergebnis aus dem Wertpapiergeschäft stieg – vorrangig in der RBI AG, in Ungarn sowie in der Slowakei – um € 9 Millionen auf € 43 Millionen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorquartal um 24 Prozent oder € 12 Millionen auf € 62 Millionen. Dabei verbesserte sich das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft um € 8 Millionen, in erster Linie begründet durch Bewertungsgewinne aus derivativen Finanzinstrumenten und Fremdwährungspositionen in Russland. Das Ergebnis aus dem aktien- und indexbasierten Geschäft verzeichnete einen Anstieg um € 6 Millionen, der aus saisonbedingt höheren Umsätzen aus der Emission und dem Vertrieb von Zertifikaten (insbesondere Teilschutz- sowie Garantiezertifikate) in der Raiffeisen Centrobank AG resultierte.

Laufendes sonstiges betriebliches Ergebnis

Im vierten Quartal 2017 stieg das laufende sonstige betriebliche Ergebnis im Vergleich zum Vorquartal um € 4 Millionen auf € 13 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein um € 6 Millionen höheres Ergebnis aus bankfremden Tätigkeiten.

Verwaltungsaufwendungen

Mit € 813 Millionen lagen die Verwaltungsaufwendungen im vierten Quartal um 13 Prozent oder € 95 Millionen über dem Wert des Vorquartals von € 718 Millionen.

Dabei stieg der Personalaufwand im Quartalsvergleich um € 43 Millionen auf € 409 Millionen. Hauptgründe dafür waren höhere Bonusrückstellungen in mehreren Konzerneinheiten, die Anpassung von Rückstellungen bei Leistungen an Arbeitnehmer der RBI AG sowie ein Mitarbeiterzuwachs in Russland.

Der Sachaufwand erhöhte sich saisonbedingt um € 42 Millionen auf € 314 Millionen. Verantwortlich dafür waren unter anderem gestiegene Werbe- und Beratungsaufwendungen in Russland und der RBI AG sowie ein Einmaleffekt bei den Raumaufwendungen in Ungarn.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Quartalsvergleich um € 9 Millionen auf € 90 Millionen, hervorgerufen durch eine um € 5 Millionen höhere Wertminderung von Gebäuden im Portfolio des Raiffeisen Immobilienfonds. Zusätzlich kam es in Rumänien zu höheren Abschreibungen beim Sachanlagevermögen.

Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen nahmen gegenüber dem dritten Quartal um € 43 Millionen auf € 127 Millionen zu. Hauptgrund dafür war ein Anstieg der Einzelwertberichtigungen in der RBI AG aufgrund eines größeren Einzelfalls im Firmenkundenbereich.

Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten sank – überwiegend gestützt durch den Verkauf und die Ausbuchung von notleidenden Krediten – gegenüber dem Vorquartal um € 832 Millionen auf € 4.611 Millionen. Währungsbereinigt lag der Rückgang sogar bei € 878 Millionen. Dabei kam es in nahezu allen Märkten zu Reduktionen. Die größten Rückgänge wurden in der Ukraine (Rückgang um € 271 Millionen), im Segment Group Corporates & Markets (Rückgang um € 250 Millionen), in Kroatien (Rückgang um € 133 Millionen), Rumänien (Rückgang um € 73 Millionen), Tschechien (Rückgang um € 41 Millionen) und Ungarn (Rückgang um € 33 Millionen) verzeichnet. Die NPL Ratio nahm im Quartalsvergleich von 6,7 Prozent auf 5,7 Prozent ab, die NPL Coverage Ratio verringerte sich um 2,4 Prozentpunkte auf 67,0 Prozent.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten sank im vierten Quartal auf minus € 45 Millionen, nachdem hier im dritten Quartal minus € 22 Millionen verbucht worden waren. Hauptverantwortlich dafür war vor allem die Beendigung eines Portfolio-Fair-Value-Hedge infolge der Ausbuchung der zugrunde liegenden Geschäfte in Russland.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen reduzierte sich – nach einem Plus von € 5 Millionen im Vorquartal – im vierten Quartal auf minus € 29 Millionen, hervorgerufen durch einen Anstieg der Wertminderungen auf Beteiligungen um € 50 Millionen. Im Fokus

standen hier at-equity bewertete Unternehmen. Dem stand ein um € 23 Millionen verbessertes Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren in Ungarn und Tschechien gegenüber.

Bankenabgaben

Die Bankenabgaben blieben im vierten Quartal 2017 mit € 17 Millionen beinahe unverändert (Vorquartal: € 16 Millionen).

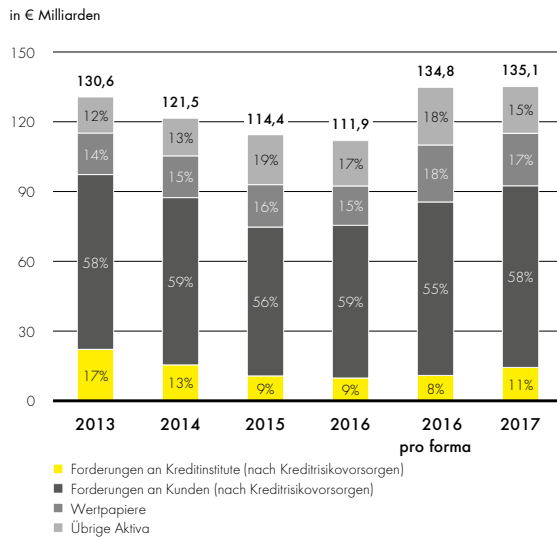
Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand sank im Quartalsvergleich um € 20 Millionen auf € 77 Millionen, zurückzuführen auf ein geringeres Quartalsergebnis überwiegend in Russland und der RBI AG. Die effektive Steuerquote stieg hingegen auf 25 Prozent nach 21 Prozent im Vorquartal. Haupttreiber war eine außerordentliche Zahlung von Einkommensteuern aus Vorperioden in Tschechien.

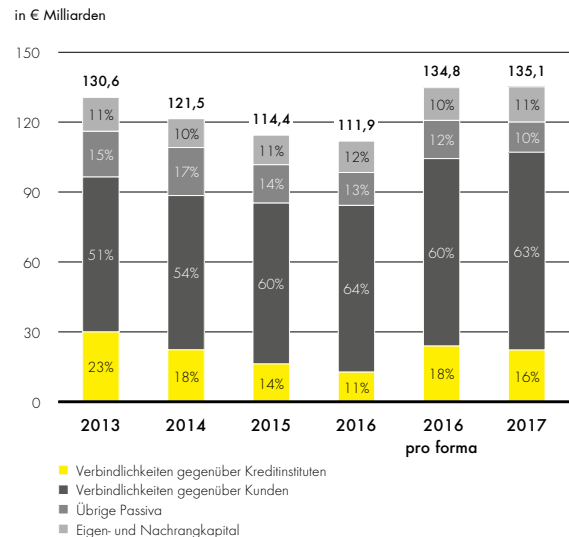
Bilanz

Die Bilanzsumme der RBI stieg im Jahresverlauf geringfügig um € 342 Millionen auf € 135.146 Millionen. Die Währungsentwicklung bewirkte dabei eine Reduktion um € 1.881 Millionen – vor allem hervorgerufen durch die Währungsabwertungen der ukrainischen Hryvna (minus 15 Prozent), des belarussischen Rubels (minus 13 Prozent), des US-Dollars (minus 12 Prozent) und des russischen Rubels (minus 7 Prozent) gegenüber dem Euro.

Struktur der Bilanzaktiva



Struktur der Bilanzpassiva



Aktiva

Die Forderungen an Kreditinstitute vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 11 Millionen) erhöhten sich im Jahresabstand um 31 Prozent oder € 3.377 Millionen auf € 14.358 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Anstieg kurzfristiger Positionen (Pensions- und Wertpapierleihgeschäfte) um insgesamt € 4.720 Millionen auf € 8.094 Millionen im Zusammenhang mit der Optimierung der Liquiditätsposition vor allem in Tschechien und in Russland.

Die Forderungen an Kunden vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen (€ 3.091 Millionen) stiegen im Geschäftsjahr um 2 Prozent oder € 1.463 Millionen auf € 81.232 Millionen. Hauptverantwortlich dafür war ein Anstieg der Hypothekarkredite um € 1.894 Millionen auf € 25.689 Millionen, vor allem in Tschechien, der Slowakei und Russland. Dem stand ein Rückgang im Kreditgeschäft um € 825 Millionen auf € 44.456 Millionen gegenüber, der vor allem auf der Entwicklung in der Ukraine und der RBI AG beruhte. Nach Asset-Klassen betrachtet, wuchsen vor allem die Forderungen gegenüber Retail-Kunden per Saldo um € 1.484 Millionen

auf € 33.501 Millionen, während die Forderungen an Firmenkunden um € 104 Millionen auf € 46.875 Millionen zurückgingen. Gleichzeitig wurden notleidende Kredite in Höhe von € 2.874 Millionen ausgebucht bzw. verkauft.

Die Position Wertpapiere ging - vor allem in der RBI AG, Polen und Russland - um € 1.949 Millionen auf € 22.575 Millionen zurück. Der bei den übrigen Aktiva verzeichnete Rückgang um € 4.692 Millionen resultierte überwiegend aus einer Reduktion der Barreserve um € 3.509 Millionen (vor allem in Tschechien und der RBI AG) sowie einer Abnahme der Handels- und Bankbuchderivate um € 1.226 Millionen.

Passiva

Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns über Kreditinstitute (zumeist Geschäftsbanken) verminderte sich um 7 Prozent oder € 1.768 Millionen auf € 22.291 Millionen. Hauptverantwortlich dafür waren vor allem Rückgänge kurzfristiger Positionen (Giro- und Geldmarktgeschäft) in der RBI AG.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich hingegen im Jahresvergleich um 6 Prozent oder € 4.506 Millionen auf € 84.831 Millionen. Hier verzeichneten vor allem die Einlagen von Retail-Kunden Zuwächse um € 2.683 Millionen auf € 50.111 Millionen, insbesondere in Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Russland. Eine Zunahme um € 1.273 Millionen auf € 32.696 Millionen zeigten auch die Einlagen von Firmenkunden. Sie beruhte vor allem auf der Entwicklung in der Slowakei, Tschechien und Russland. Die Einlagen des öffentlichen Sektors stiegen - überwiegend in der RBI AG - um € 551 Millionen auf € 2.024 Millionen.

Die übrigen Passiva reduzierten sich um € 3.436 Millionen auf € 12.994 Millionen. Dabei nahmen die verbrieften Verbindlichkeiten durch - teils vorzeitige - Tilgungen um € 2.642 Millionen ab. Die Handelspassiva und die negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente gingen um € 1.228 Millionen zurück.

Funding

Für Informationen zum Funding wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Eigenkapital

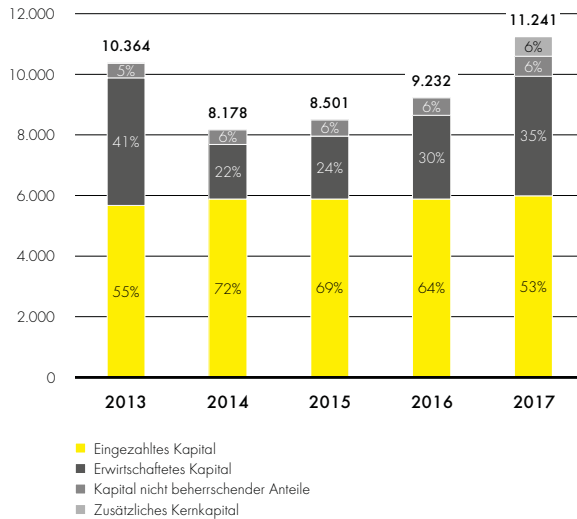
Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital der RBI, das sich aus dem Konzern-Eigenkapital, dem Konzernergebnis, dem Kapital nicht beherrschender Anteile und dem zusätzlichen Kernkapital zusammensetzt, verzeichnete gegenüber dem Jahresultimo 2016 einen Anstieg von 15 Prozent oder € 1.490 Millionen auf € 11.241 Millionen. Ausschlaggebend dafür waren die Platzierung von zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von insgesamt € 650 Millionen sowie das Gesamtergebnis in Höhe von € 1.049 Millionen. Dividendenzahlungen für das Kapital nicht beherrschender Anteile reduzierten das Kapital hingegen um € 90 Millionen. Für das Geschäftsjahr 2016 wurde keine Dividende an die Aktionäre der RBI ausbezahlt.

Anfang des dritten Quartals 2017 platzierte die RBI zusätzliches Kernkapital (AT1) im Volumen von € 650 Millionen mit unbegrenzter Laufzeit. Unter Berücksichtigung der Emissionskosten sowie des Disagios erhöhte sich das Kapital dadurch um € 645 Millionen. Das AT1 wird aufgrund der Emissionsbedingungen nach IAS 32 als Eigenkapital klassifiziert. Der Kupon beträgt bis Dezember 2022 6,125 Prozent p. a. und wird danach neu festgesetzt. Die Kuponzahlungen an den halbjährlich vorgesehenen Kupontermen 15. Dezember und 15. Juni eines jeden Jahres sind diskretionär. Die Dividende auf das zusätzliche Kernkapital betrug im vierten Quartal 2017 € 18 Millionen.

Zusammensetzung des Eigenkapitals

in € Millionen



Das auf den Eigenanteil entfallende Gesamtergebnis von € 918 Millionen setzte sich aus dem Konzernergebnis von € 1.116 Millionen und dem sonstigen Ergebnis von minus € 199 Millionen zusammen. Den größten Posten im sonstigen Ergebnis stellte ein Bewertungsverlust aus der Veränderung des Credit Spreads für zum beizulegenden Zeitwert bewertete eigene Verbindlichkeiten von € 140 Millionen dar. Dieser wird aufgrund der vorzeitigen Anwendung von IFRS 9.7.1.2 seit dem Geschäftsjahr 2017 im sonstigen Ergebnis (statt wie zuvor in der Erfolgsrechnung) ausgewiesen. Die Währungsumrechnung im Konzern ergab ebenfalls ein Minus von € 71 Millionen. Die stärksten Währungseffekte gingen dabei auf die Abwertung des russischen Rubels (minus € 140 Millionen) und die Aufwertung des polnischen Zloty (€ 81 Millionen) zurück. Da ein Teil des Eigenkapitals in diesen Währungen abgesichert wurde, führte die aktuelle Kursentwicklung zu einem negativen Ergebnis von € 6 Millionen aus dem Capital Hedge. Ein weiterer negativer Beitrag von € 7 Millionen stammte aus den sonstigen Eigenkapitalveränderungen in at-equity bewerteten Unternehmen. Ein positiver Beitrag von € 12 Millionen resultierte aus latenten Steuern, weitere € 10 Millionen steuerte der Cash-Flow Hedge bei.

Das Kapital nicht beherrschender Anteile erhöhte sich um € 78 Millionen auf € 660 Millionen. Dies beruhte auf dem Anteil nicht beherrschender Anteile am Gesamtergebnis in Höhe von € 131 Millionen, dem Kapitaleffekt von € 74 Millionen aus der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG, den Dividendenzahlungen in Höhe von € 90 Millionen an die Minderheitsgesellschafter von Konzerneinheiten sowie weiteren kleineren Kapitalbewegungen, die sich im Wesentlichen aus Veränderungen von Anteilsverhältnissen ergaben.

Eigenmittel gemäß CRR/BWG

Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen der Capital Requirements Regulation (CRR) sowie weiteren gesetzlichen Bestimmungen, z. B. den Implementing Technical Standards (ITS) der European Banking Authority (EBA), ermittelt.

Per 31. Dezember 2017 betragen die gesamten Eigenmittel der RBI € 12.892 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg um € 1.088 Millionen im Vergleich zum Jahresendwert 2016. Das harte Kernkapital nach Abzugsposten erhöhte sich im selben Zeitraum um € 662 Millionen. Der Anstieg war größtenteils bedingt durch die Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2017, während der Dividendenvorschlag in Höhe von € 204 Millionen das Kernkapital entsprechend minderte. Der Effekt auf die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) belief sich auf 28 Basispunkte. Reduzierend wirkte sich die Anwendung der CRR-Übergangsbestimmungen zum Jahresbeginn 2017 aus. Das Kernkapital erhöhte sich insbesondere durch die Emission von zusätzlichem Kernkapital (AT1) mit unbegrenzter Laufzeit im Volumen von € 650 Millionen im Juli 2017 nach Abzugsposten um € 1.235 Millionen auf € 9.839 Millionen. Demgegenüber verringerten sich die ergänzenden Eigenmittel aufgrund des Abreifens von Kapitalinstrumenten um € 147 Millionen auf € 3.053 Millionen.

Das gesamte Eigenmittelerfordernis betrug per 31. Dezember 2017 € 5.752 Millionen und lag damit um € 319 Millionen über dem Jahresendwert 2016. Das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko belief sich dabei auf € 4.812 Millionen und zeigte damit einen Anstieg um € 322 Millionen. Wesentliche Grundlagen dafür waren ein anorganischer Effekt aus der Erhöhung der Risikogewichtung für immobilienbesicherte Kredite in Polen sowie Neugeschäft in Tschechien und der Slowakei, was eine Erhöhung der Risikoaktiva um insgesamt € 3.992 Millionen verursachte. Der anorganische Effekt in Polen hatte auf die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) eine Auswirkung von minus 54 Basispunkten. Das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen nahm, größtenteils bedingt durch Währungsschwankungen im internen Modell sowie eine Zunahme der Bond-Positionen in Russland, um € 60 Millionen zu. Der beim Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko verzeichnete Rückgang um € 63 Millionen auf € 664 Millionen ist auf die Vollarwendung des fortgeschrittenen Messansatzes zurückzuführen.

Bezogen auf das Gesamtrisiko ergaben sich zum Bilanzstichtag eine Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) von 12,9 Prozent und eine Eigenmittelquote (transitional) von 17,9 Prozent. Ohne Berücksichtigung der in der CRR definierten Übergangsbestimmungen beliefen sich die Common Equity Tier 1 Ratio (fully loaded) auf 12,7 Prozent und die Eigenmittelquote (fully loaded) auf 17,8 Prozent.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Universalbank im Rahmen ihres Tätigkeitsfelds auch auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung aktiv.

Produktentwicklung

Im Bereich des Financial Engineering entwickelt sie etwa für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen, wie sie etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken – vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisisiko. Neben dem Financial Engineering arbeitet die RBI auch im Bereich Cash Management aktiv an der Weiterentwicklung von integrierten Produktlösungen für den internationalen Zahlungsverkehr.

Digitalisierung

Banken sind von der Digitalisierung in besonderem Maß betroffen: Nicht nur ihre Produkte verändern sich, sondern auch ihre Prozesse und Arbeitsfelder sind durch die Digitalisierung einem Umbruch unterworfen. Die digitale Transformation verlangt etwa, dass Banken ihre Geschäftsmodelle anpassen, die Geschwindigkeit ihrer Reaktion auf den Markt erhöhen und mit neuen Mitbewerbern wie z. B. Startups bzw. Fintechs gleichziehen. Aufgrund der Größe einiger CEE-Märkte und der Offenheit der Anwender gegenüber neuen Produkten und Dienstleistungen sowie innovativen Retail- und Kommunikationskanälen bietet gerade CEE ein ideales Umfeld für Banken wie die RBI, grenzübergreifende Lösungen im Digital Banking anzubieten.

Das internationale Beratungsunternehmen Deloitte veröffentlichte gemeinsam mit der EFMA (European Financial Management Association) im Oktober 2016 eine unabhängige Studie, die 76 Banken in acht CEE-Ländern (Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) hinsichtlich ihrer digitalen Kompetenzen verglich. Die Analyse von insgesamt 361 bestehenden Funktionen für Web- und mobile Anwendungen zeigt, dass die slowakische RBI-Tochterbank Tatra banka die Benchmark in der gesamten CEE-Region im Bereich Digital Banking ist.

Der hohen Bedeutung der Digitalisierung für die strategische Weiterentwicklung der RBI trägt die Gruppe auch in organisatorischer Hinsicht Rechnung. Ein eigens geschaffener, direkt beim CEO angesiedelter Bereich Group Digital Banking steuert die digitale Transformation der RBI. Die Umsetzung der digitalen Transformation liegt in den Händen der Abteilungen „Innovation Management“ und „Digital Roadmaps and Projects“. Während sich „Innovation Management“ mit allen Facetten und Methoden interner, aber auch externer Innovation beschäftigt, liegt die Verantwortung von „Digital Roadmap and Projects“ in der Erarbeitung eines digitalen Zielbilds sowie eines daraus gemeinsam mit den jeweiligen Fachbereichen und 14 CEE-Netzwerkbanken erarbeiteten gruppenweiten Umsetzungsplans.

Mit dem Programm „Elevator Lab“ startete die RBI im Juni 2017 das erste CEE-weite Programm zur Förderung von Startups in der Finanzbranche, so genannten „Fintechs“. Ziel dieses Programms ist es, langfristige Kooperationen mit ausgewählten Fintechs aufzubauen. Die RBI bietet den teilnehmenden Unternehmen dabei potenziellen Zugang zu ihren 14 CEE-Märkten und damit auch zu den 16,5 Millionen Kunden in der Region. Sie selbst profitiert durch diese Zusammenarbeit von den innovativen Ansätzen, Ideen und Entwicklungen der Fintechs und kann den Einsatz neuer Technologien – sei es in der Implementierung neuer Produkte, in der Vereinfachung von Prozessen oder der Effizienzsteigerung – anhand konkreter Anwendungsfälle sofort prüfen und gegebenenfalls umsetzen. Insgesamt bewarben sich 336 Fintechs aus 56 Ländern für die Teilnahme am „Elevator Lab“-Programm. Davon stammen fast 30 Prozent aus den CEE-Märkten der RBI. In einem von mehr als 50 Führungskräften der RBI (so genannten Mentoren) begleiteten Auswahlverfahren wurden die eingereichten Projekte auf ihre Werthaltigkeit hin beurteilt. Sechs Finalisten aus den Bereichen „Zahlungsverkehr“, „RegTech“ (neue Technologien für regulatorische Anforderungen), „Filiale der Zukunft“ sowie „Big Data Analytics“ qualifizierten sich letztlich für die Teilnahme an dem viermonatigen Programm, in dem gemeinsam mit den Mentoren Pilotprojekte erarbeitet wurden. Diese betrafen neben der RBI AG u. a. die Netzwerkbanken in Belarus, Ungarn, Tschechien, Russland und der Slowakei.

Ebenfalls 2017 wurde mit der so genannten „Innovationsstrategie“ ein Rahmenwerk für die strukturierte Organisation und Bearbeitung aller Innovationsaktivitäten der RBI geschaffen. Diese Strategie bildet u. a. die Grundlage für digitale Neu- und Weiterentwicklungen in der RBI und steht damit in engem Zusammenhang mit der in der Abteilung „Digital Roadmaps and Projects“ erarbeiteten Open-Banking-Strategie.

Ausgehend von den Vorgaben der EU-Zahlungsverkehrsrichtlinie (PSD 2) zeigt die Open-Banking-Strategie Geschäftspotenziale auf, die sich aus einer über die regulatorische Notwendigkeit hinausgehenden Öffnung der Bankensysteme gegenüber dem Markt ergeben. In Kombination mit einer gruppenweiten digitalen Roadmap ergibt sich daraus neben einer umfangreichen Beschreibung eines digitalen Zielbilds auch eine präzise Handlungsanleitung zur Umsetzung digitaler Vorhaben. In enger Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und den 14 CEE-Netzwerkbanken entsteht somit eine transparente Übersicht über das digitale Projektportfo-

lio. Auf diese Weise können Redundanzen vermieden bzw. Synergien identifiziert und somit die Gesamteffizienz der RBI im digitalen Umfeld verbessert werden.

Darüber hinausgehend beschäftigt sich die RBI eingehend mit dem Potenzial und dem Einsatz neuer Technologien, vor allem von Advanced Analytics und Blockchain. Im November 2017 trat die RBI als erste österreichische Bank dem Blockchain-Konsortium R3 bei. Ziel dieser Maßnahme ist es, gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Konsortiums Ansätze zu entwickeln, mit denen auf der Blockchain-Technologie basierende Anwendungen auch kommerziell genutzt werden können. Die RBI wird sich hier auf die Bereiche Cash- und Zahlungsdienste, Kapitalmärkte, digitale Identität, Wertpapierdienstleistungen und Handelsfinanzierung konzentrieren.

Aus den entwickelten Strategien abgeleitete digitale Umsetzungsvorhaben werden in einem speziellen Programm für die digitale Transformation der RBI gebündelt. Erste bereits in Realisierung befindliche Projekte fokussieren auf die digitale Neukundengewinnung, den Zahlungsverkehr, die Online-Kreditvergabe und das Thema Analytik. Sie alle haben das Ziel, die digitale Marktposition der RBI auszubauen und langfristig zu stärken, neue Geschäftsfelder zu erschließen und die RBI nachhaltig in einem kompetitiven Umfeld zu positionieren, das zahlreiche Herausforderungen, gleichzeitig jedoch viele neue Möglichkeiten und Chancen bietet.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Dieses ist im unternehmensweiten Rahmenwerk für das Interne Kontrollsystem (IKS) eingebettet.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, den Vorstand dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für den Konzern besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Direktiven und Anweisungen für strategisch wichtige Themenbereiche als zentrales Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist die Geschäftsleitung der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt unter anderem im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss von Group Accounting & Reporting, angesiedelt im Bereich des Finanzvorstands. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion gruppenweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerrisiko führen, dasselbe gilt für unterschiedliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, Beteiligungen, Markenrechten und Firmenwerten. Auch beim Sozialkapital sowie der Bewertung von Wertpapieren liegen Einschätzungen zugrunde.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der einzelnen Finanzinformationen erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben der RBI. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Finanzinformationen abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden. Die Abstimmungs- und Validierungskontrollen werden innerhalb der gesamten Rechnungslegungsprozesse in die Aggregations-, Berechnungs- und Bewertungsaktivitäten eingebettet.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft oder prüferisch durchgesehen werden, erfolgt überwiegend durch automatisierte Übertragung in das Konsolidierungssystem IBM Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden im Group Accounting & Reporting durch den für die jeweilige Konzerneinheit verantwortlichen Key Account Manager zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften und die Anmerkungen aus der Abschlussprüfung berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzelsachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene. Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem gesamten Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards werden dabei im RBI Group Accounts Manual definiert bzw. erläutert und sind für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Fragestellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird ein Konzern-Lagebericht erstellt, in dem eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die veröffentlichten Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsengesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss

zusammengestellt, ebenso erfolgen periodisch Vorscheurechnungen für den Konzern. Der von Group Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Finanzberichterstattung ist ein Schwerpunktthema im IKS, in dem die Rechnungslegungsprozesse einer Überwachung und Kontrolle unterzogen werden und deren Ergebnisse dem Vorstand und dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Darüber hinaus hat der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess zu überwachen. Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand. Die internen Kontrollsysteme basieren auf drei Verteidigungslinien (lines of defense).

Die sogenannte „First line of defense“ bilden dabei die Fachbereiche, in der die Abteilungsleiter für die Überwachung ihrer Geschäftsfelder zuständig sind. Hier werden gemäß der dokumentierten Prozesse in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die zweite Verteidigungslinie wird durch themenspezifische Spezialbereiche abgedeckt. Das sind zum Beispiel Compliance, Data Quality Governance, Operational Risk Controlling oder Security & Business Continuity Management. Sie sollen in erster Linie die Fachbereiche bei den Kontrollschritten unterstützen, die tatsächlichen Kontrollen validieren und State-of-the-art-Praktiken in die Organisation einbringen.

Als dritte Stufe ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Group Internal Audit sowie von der jeweiligen internen Revision der Konzerneinheiten wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit verbindlichen revisionsspezifischen Regelwerke (Group Audit Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Group Internal Audit (insbesondere auch die Audit Charter). Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RBI. Die Leitung des Bereichs Group Internal Audit berichtet direkt an die Vorstände mit zusätzlichen Berichtspflichten an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und die Mitglieder des Prüfungsausschusses.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben erfüllen die Bestimmungen des § 243a Abs 1 UGB:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2017 € 1.003.265.844,05 und ist in 328.939.621 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon sind zum Stichtag 31. Dezember 2017 394.942 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 328.544.679 Aktien im Umlauf befanden. Im Vergleich zum 31. Dezember 2016 (509.977 Stück) ergibt sich daraus ein Abgang von 115.035 Stück eigener Aktien, der auf der Übertragung im Rahmen des aktienbasierten Vergütungsprogramms beruht. Für weitere Angaben wird auf den Anhang zu Punkt (32) verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Die Raiffeisen-Landesbanken und unmittelbare und mittelbare Tochtergesellschaften der Raiffeisen-Landesbanken sind Parteien eines Syndikatsvertrages in Bezug auf die RBI AG („Syndikatsvereinbarung“). In dieser Syndikatsvereinbarung ist u. a. neben einer Stimmbindung und Vorkaufsrechten insbesondere geregelt, dass für einen Zeitraum von drei Jahren ab Wirksamkeit der Verschmelzung der RZB AG mit der RBI AG, somit ab 18.03.2017, Verkäufe von durch die Raiffeisen-Landesbanken gehaltenen RBI-Aktien (mit wenigen Ausnahmen) nicht möglich sind (Lock-Up-Periode), wenn dadurch die zusammengerechnete Beteiligung der Raiffeisen-Landesbanken (unmittelbar und/oder mittelbar) an der RBI AG 50 Prozent des Grundkapitals zuzüglich einer Aktie unterschreiten würde. Nach Ablauf der Lock-Up-Periode gilt dafür eine Anteilsschwelle von 40 Prozent des Grundkapitals an der RBI AG.

(3) Die RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH hält gemäß Stimmrechtsmitteilung vom 20. März 2017 rund 22,24 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft. Weiters sind den Raiffeisen-Landesbanken und deren unmittelbaren und mittelbaren Tochtergesellschaften aufgrund der Syndikatsvereinbarung in Bezug auf RBI AG die unmittelbar bzw. mittelbar gehaltenen Stimmrechte aus insgesamt 193.449.778 Aktien, entsprechend einem Stimmrechtsanteil von rund 58,81 Prozent jeweils wechselseitig gemäß §§ 130 und 133 Z 7 BörseG als gemeinsam vorgehende Rechtsträger iSd § 1 Z 6 ÜbG zuzurechnen (siehe am 20. März 2017 veröffent-

lichte Stimmrechtsmitteilung). Die restlichen Aktien der RBI AG befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind keine weiteren direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen.

(4) Die Satzung enthält keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern. Gemäß Syndikatsvereinbarung für die RBI AG können neun Mitglieder des Aufsichtsrats der RBI AG durch die Raiffeisen-Landesbanken nominiert werden. Neben den von den Raiffeisen-Landesbanken nominierten Mitgliedern sollen dem Aufsichtsrat der RBI AG drei nicht der Raiffeisen Bankengruppe Österreich zurechenbare unabhängige Vertreter des Streubesitzes angehören.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, die insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften innehat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt dabei doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen absehen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl gestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder mit einfacher Mehrheit vorzeitig abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 4. Juni 2014 gemäß § 169 AktG ermächtigt, bis längstens 25. August 2019 mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 446.793.032,95 durch Ausgabe von bis zu 146.489.519 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage zu erhöhen (auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 Abs 6 AktG) und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Vorstand ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt oder (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen Aktien insgesamt 10 Prozent des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten (Bezugsrechtsausschluss).

Das Grundkapital ist gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu € 119.258.123,20 durch Ausgabe von bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von einem unentziehbaren Umtausch- oder Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird, das die Gesellschaft den Gläubigern von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, auf Aktien einräumt, und der Vorstand nicht beschließt, eigene Aktien zuzuteilen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 26. Juni 2013 ermächtigt, gemäß § 174 Abs 2 AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2.000.000.000, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 39.101.024 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 119.258.123,20 verbunden ist, auszugeben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG zum Erwerb und, ohne dass die Hauptversammlung vorher nochmals befasst werden muss, gegebenenfalls zur Einziehung eigener Aktien. Der Anteil der zu erwerbenden und bereits erworbenen eigenen Aktien darf insgesamt 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigen. Die Dauer der Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien ist mit 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung in der Hauptversammlung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, begrenzt. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1,- pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börsenschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke – mit Ausnahme des Wertpapierhandels – durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

Der Vorstand wurde weiters gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter teilweisem oder gänzlichem Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaf-

ten im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 26. Juni 2013 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre auch ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden und gilt für die Dauer von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Juni 2021.

Seit der Ermächtigung im Juni 2016 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 ermächtigte den Vorstand ferner nach den Bestimmungen des § 65 Abs 1 Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, sohin bis zum 15. Dezember 2018, eigene Aktien zu erwerben, wobei der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft am Ende jeden Tages nicht übersteigen darf. Der Gegenwert für die zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unter- und das Doppelte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Die RBI AG war bis zur Wirksamkeit der Verschmelzung am 18. März 2017 als Tochterunternehmen der RZB im Rahmen der gruppenweiten D&O-Versicherung der RZB mitversichert. Zum 18. März 2017 wurde der Versicherungsnehmer der gruppenweiten D&O-Versicherung durch einen Versicherungsnachtrag von RZB auf RBI AG umgestellt, sodass für RBI AG und für die gesamte RBI-Gruppe ein unveränderter Versicherungsschutz weiterhin sichergestellt wurde. Der Versicherungsschutz besteht bei einer Verschmelzung mit einem anderen Rechtsträger der RBI-Gruppe weiterhin. Im Fall einer Verschmelzung mit einem Rechtsträger außerhalb der RBI-Gruppe endet der Versicherungsvertrag automatisch zum Ablauf jener Versicherungsperiode, in der die Verschmelzung wirksam wird. In diesem Fall besteht Versicherungsschutz nur für Schadenersatzansprüche aus vor der Verschmelzung begangenen Pflichtverletzungen, die dem Versicherer vor einer etwaigen Beendigung der gruppenweiten D&O-Versicherung der RBI und danach innerhalb der vereinbarten Nachmeldefrist von fünf Jahren gemeldet werden.
- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartezeit (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI AG und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sieht ein von der RBI AG bezüglich einer Tochterbank mit einem Mitaktionär abgeschlossener Syndikatsvertrag vor, dass dieser bei einem Kontrollwechsel automatisch endet.
- Die RBI AG ist Mitglied des Fachverbands der Raiffeisenbanken. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG, in dessen Rahmen Gesellschafter von außerhalb der Raiffeisen Bankengruppe Österreich die Kontrolle erlangen, kann die Mitgliedschaft im Fachverband der Raiffeisenbanken und die Mitgliedschaft in der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich enden. Die RBI AG übt weiters die Zentralinstitutsfunktion der Raiffeisen Bankengruppe auf Bundesebene aus. Bei einem Kontrollwechsel in der RBI AG können Verträge, die damit zusammenhängen (Mitgliedschaft im Liquiditätsverbund nach § 27a BWG; Mitgliedschaft im Bundes-IPS gemäß Art. 113 Abs 7 CRR; Mitgliedschaft in der Österreichischen Raiffeisen-Einlagensicherung EGen), enden bzw. sich ändern.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft und Verträge über Finanzierungen Dritter an Tochtergesellschaften, die von der Gesellschaft garantiert werden, sehen im Fall eines Kontrollwechsels vor, dass die Kreditgeber eine vorzeitige Rückzahlung der Finanzierungen verlangen können.

(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Risikomanagement

Für Informationen zum Risikomanagement wird auf Punkt (42) Risiken von Finanzinstrumenten im Risikobericht des Konzernabschlusses verwiesen.

Corporate Governance

Weitere Informationen dazu befinden sich im Geschäftsbericht im Kapitel Corporate-Governance-Bericht sowie auf der Website der RBI (www.rbinternational.com → Investor Relations → Corporate Governance).

Konsolidierter nichtfinanzieller Bericht

Die gemäß NaDiVeG (Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz) erstmals nach § 267a UGB zu erstellende konsolidierte nichtfinanzielle Erklärung erfolgt als eigenständiger nichtfinanzieller Bericht (Nachhaltigkeitsbericht). Der Bericht mit ausführlichen Informationen zu den Entwicklungen im Nachhaltigkeitsmanagement wird auf der Website unter www.rbinternational.com → Über uns → Nachhaltigkeitsmanagement veröffentlicht und enthält auch die Angaben nach § 243b UGB für das Mutterunternehmen.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

Das starke Wirtschaftswachstum des Jahres 2017 in Zentraleuropa (CE) dürfte sich auch 2018 fortsetzen. Mit steigender Auslandsnachfrage, vor allem dank der guten Konjunktur in Deutschland und der Eurozone, anziehenden Investitionen und wachsender privater Konsumnachfrage in den Märkten der Region ist es auch weiterhin breit aufgestellt. Konkret wird 2018 für die polnische, die slowakische und die slowenische Volkswirtschaft ein deutliches BIP-Wachstum zwischen 3,8 und 4,6 Prozent erwartet. Auch in Ungarn und Tschechien sollte die Wirtschaft um mehr als 3 Prozent weiter wachsen. Nach 4,4 Prozent in der Vergleichsperiode sollte das Wachstum in CE insgesamt damit nach aktuellen Prognosen im Jahr 2018 um 4,1 Prozent zulegen.

Südosteuropa

Die Region Südosteuropa (SEE) dürfte ebenfalls eine Fortsetzung des Wachstumstrends erleben. Nach einem sehr starken BIP-Wachstum von 5,1 Prozent im Jahr 2017 sollte 2018 in SEE ein Anstieg der Wirtschaftsleistung um 3,7 Prozent möglich sein. Dabei wird sich das Wachstum in Rumänien 2018 wahrscheinlich auf 4,2 Prozent abkühlen. Allerdings liegt auch dieser Wert noch über dem Potenzialwachstum, sodass außenwirtschaftliche Ungleichgewichte weiter zunehmen könnten. Zudem besteht die Gefahr, dass das Defizit der öffentlichen Haushalte in Rumänien die Maastricht-Grenze von 3 Prozent überschreitet. In Serbien sollte sich die

Wirtschaftsdynamik 2018 nach einem schwachen Jahr 2017 wieder etwas erholen, während der Zuwachs in Kroatien mit 2,3 Prozent schwächer ausfallen dürfte als 2017.

Osteuropa

Die russische Wirtschaft wird ihre moderate Erholung nach aktuellen Vorhersagen 2018 mit einem Wirtschaftswachstum von rund 1,5 Prozent fortsetzen. Ein leicht steigender Ölpreis sollte dabei stützend wirken, während von der weiterhin vergleichsweise restriktiven Geld- und Fiskalpolitik keine deutlichen konjunkturellen Impulse zu erwarten sind. Die russischen Präsidentschaftswahlen im März 2018 dürften keinen großen Einfluss auf das Konjunkturbild haben. In der Ukraine stehen 2019 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an, die bereits 2018 die politischen Unsicherheiten erhöhen und die Konjunkturdynamik dämpfen könnten. Das Wirtschaftswachstum dürfte in der Ukraine damit 2018 bei moderaten 2,5 Prozent liegen.

Österreich

In Österreich sollte sich der dynamische Konjunkturaufschwung auch 2018 fortsetzen, auch wenn der Zenit bereits überschritten sein dürfte. Das reale BIP-Wachstum sollte 2018 mit 2,8 Prozent etwa gleich hoch ausfallen wie im Jahr davor. Die Konjunktur wird dabei weiterhin von der Inlandsnachfrage und den Nettoexporten getragen, während von den Investitionen dank schwächerer Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen ein geringerer Wachstumsbeitrag ausgehen dürfte. Der private Konsum wiederum sollte vom fortgesetzten Beschäftigungsaufbau profitieren.

CEE-Bankensektor

Der sehr starke Wirtschaftsaufschwung in CE bzw. SEE sowie die Rückkehr zu spürbarem Wachstum in Russland, der Ukraine und Belarus sollten sich 2018 positiv auf den CEE-Bankensektor auswirken. Günstige Entwicklungen im operativen (Neu-)Geschäft könnten 2018 zudem durch stabile oder sogar leicht verbesserte Zinsmargen bzw. etwas steilere Zinskurven in CE und SEE unterstützt werden. Dank der Anpassungen der letzten Jahre – etwa der Verringerung der Fremdwährungskredite und des Abbaus der NPL-Portfolios – dürften außerdem negative Ertragsauswirkungen aus dieser Richtung ausbleiben. Ebenso wird angesichts der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des sich fortsetzenden Rückgangs bei Firmeninsolvenzen kein spürbarer Anstieg der Risikokosten erwartet. In Summe dürfte die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor vor diesem Hintergrund 2018 zumindest auf dem Niveau von 2017 verbleiben oder sogar leicht ansteigen.

Ausblick der RBI

Wir gehen für die nächsten Jahre von einem durchschnittlichen Kreditwachstum im mittleren einstelligen Prozentbereich aus.

Nach sehr niedrigen Risikokosten im Jahr 2017 (€ 287 Millionen) erwarten wir, dass die Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte im Jahr 2018 über jenen von 2017 liegen werden.

Die NPL Ratio soll mittelfristig weiter sinken.

Wir streben mittelfristig eine Cost/Income Ratio von unter 55 Prozent an.

Wir peilen mittelfristig einen Konzern-Return-on-Equity von etwa 11 Prozent an.

Mittelfristig streben wir eine CET1 Ratio (fully loaded) nach Dividende von rund 13 Prozent an.

Basierend auf dieser Zielquote beabsichtigen wir Dividendenausschüttungen in Höhe von 20 bis 50 Prozent des Konzernergebnisses.

Die Ziele in diesem Ausblick enthalten die Auswirkungen von IFRS 9 und FINREP.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Geänderte Zusammensetzung des Vorstands

Ende Oktober 2017 verließ Klemens Breuer, der im RBI Vorstand für die Bereiche Capital Markets und Retail Banking zuständig war, auf eigenen Wunsch die RBI.

Mit 7. Dezember 2017 bestellte der Aufsichtsrat Andrii Stepanenko vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Andrii Stepanenko voraussichtlich im März 2018 den Bereich Retail Banking von Peter Lennkh, der diesen Bereich seit dem Ausscheiden von Klemens Breuer interimistisch leitet.

Mit 15. Jänner 2018 bestellte der Aufsichtsrat Lukasz Januszewski vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde zum Mitglied des Vorstands. Nach Vorliegen der Genehmigung übernimmt Lukasz Januszewski voraussichtlich im März 2018 den Bereich Capital Markets von Johann Strobl, der seit dem Ausscheiden von Klemens Breuer interimistisch für den Bereich verantwortlich ist.